

Elterngeld: Top-Ökonomin warnt vor Kürzungen – „Wäre ein Fehler“

Berlin, 30.06.2026 Die Wirtschaftsweiserin Monika Schnitzler unterstützt mehr Vätermonate, lehnt Kürzungen beim Elterngeld aber entschieden ab. Was sie fordert. von Günter Marks und [Dominik Bath](#)

Auch Top-Ökonomen sollten bei den Fakten bleiben

Mit Erstaunen wurde die Aussage der Wirtschaftsweisen Monika Schnitzler in der *Thüringer Allgemeinen* vom 30. Juni 2026 zur Kenntnis genommen: „Als ich vor 30 Jahren Kinder bekommen habe, gab es praktisch nur zwei Möglichkeiten: Entweder man blieb mehrere Jahre unbezahlt zu Hause oder man ging nach wenigen Wochen wieder arbeiten.“

Diese Darstellung ist historisch unzutreffend. Bereits seit 1986 gab es in Deutschland das Bundeserziehungsgeld. Zunächst wurde es für zehn Monate in Höhe von 600 DM gezahlt, später wurde die Bezugsdauer schrittweise auf bis zu zwei Jahre verlängert. Seit 1998 konnten Eltern zwischen dem Regelbetrag für bis zu 24 Monate oder einem höheren budgetierten Erziehungsgeld für zwölf Monate wählen. Noch 2003 betrug dieses bis zu 460 Euro monatlich.

Parallel dazu bestand ein gesetzlicher Anspruch auf Erziehungsurlaub. Mit Zustimmung des Arbeitgebers konnte dieser sogar aufgeteilt und teilweise bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden. Das Erziehungsgeld war einkommensabhängig und an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, stellte aber sehr wohl eine staatliche Leistung für Familien dar. Von „mehreren Jahren unbezahlt zu Hause“ kann daher keine Rede sein.

Es ist bedenklich, wenn eine renommierte Ökonomin in einer öffentlichen Debatte den Eindruck erweckt, vor Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 habe es praktisch keine familienpolitische Unterstützung gegeben. Ebenso problematisch ist es, wenn eine solche Aussage von Medien unkomentiert übernommen wird.

Tatsächlich bot das frühere Erziehungsgeld vielen Familien eine langfristige finanzielle Unterstützung für die häusliche Betreuung ihrer Kinder. Mit Einführung des Elterngeldes wurde die Förderung für die ersten Lebensmonate auf bis zu 1.800 € erhöht. Gleichzeitig wurde der Bezugszeitraum für alle Familien zeitlich erheblich verkürzt. Damit wurde die Wahlfreiheit vieler Familien eingeschränkt. Besonders betroffen sind Eltern mit geringem Erwerbseinkommen vor der Geburt, Schülerinnen, Studentinnen, Auszubildende sowie Müttern, die zwischen der Geburt weiterer Kinder nicht erwerbstätig sind. Sie erhalten den Mindestbetrag max. 300 €. Eine Eigenbetreuung im 2. Lebensjahr, wird anders als beim Erziehungsgeld, nicht mehr gefördert.

Familienpolitische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte sollten vollständig und sachlich richtig dargestellt werden. Von einer führenden Wirtschaftswissenschaftlerin dürfen Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass historische Fakten korrekt wiedergegeben werden.

Über den Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. Der Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. (KRFT) vertritt ca. 30.000 kinderreiche Familien in Thüringen und setzt sich in Politik, Wirtschaft und Medien für ihre Interessen ein. Der Verband versteht sich als Netzwerk von Mehrkindfamilien, die sich untereinander unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Anliegen erreichen wollen. Der Verband ist konfessionell ungebunden und überparteilich.